

Es gilt das gesprochene Wort.

Claude-Alain Margelisch, CEO, SBVg

Optimale Rahmenbedingungen: Schlüssel für den Erfolg von morgen

Sehr verehrte Damen und Herren

Vielen Dank für Ihr Interesse an den Themen dieses Bankenjahres. Ich möchte an das anknüpfen, was Herbert Scheidt gesagt hat und damit nochmals das Motto des diesjährigen Bankiertags aufgreifen: „An der Spitze bleiben“.

Dies bedingt, dass wir uns darüber im Klaren sind, wo wir im internationalen Wettbewerb stehen. In zahlreichen Rankings belegt die Schweiz vordere Plätze, aber einige geben auch zu denken, wie beispielsweise der 31. Rang im Ease of Doing Business Index der Weltbank. Fast alle wichtigen Finanzplätze der Welt sind hier deutlich vor uns. Als kleine, aber international hochgradig vernetzte Volkswirtschaft kann die Schweiz gar nicht anders, als konsequent in internationalen Massstäben zu denken. Für einen Exportsektor wie das Banking gilt das umso mehr.

An der Spitze bleiben heisst in diesem Kontext, sich den internationalen Standards anzupassen, aber nicht über diese hinauszugehen. Herbert Scheidt hat das mit dem Schlagwort „kein Swiss Finish, aber einen Swiss way“ beschrieben. Seitens SBVg legen wir einen starken Fokus auf das regulatorische Umfeld. Wettbewerbsfähig sind wir nur, wenn die Regulierung massvoll und differenziert ist. Sie muss ausserdem im gleichen Schritt mit unseren Konkurrenten umgesetzt werden und punkto Kosten erträglich sein. Lassen Sie mich nun auf vier Dossiers eingehen, um Ihnen diese Punkte im Detail zu erläutern.

Erstens: Finanzdienstleistungsgesetz FIDLEG und Finanzinstitutsgesetz FINIG

Das legislative Grossprojekt zur Revision des Finanzmarktrechts ist nach wie vor in vollem Gange. Wir müssen unseren Parlamentariern hier ein grosses Lob aussprechen, dass sie sich mit so viel Durchhaltewillen durch diese komplexe, technische Materie gearbeitet haben. Es liegt nun eine Vorlage von hoher Qualität vor. Gestern hat der Nationalrat als Zweitrat die neuen Gesetze in einer mehrstündigen Debatte beraten. Die Bankiervereinigung unterstützt einen modernen Anlegerschutz, bei dem der mündige Anleger im Zentrum steht. Deshalb stehen wir hinter der Gesetzesvorlage zu FIDLEG und FINIG. Wir haben uns in den vergangenen Jahren stark dafür eingesetzt, dass die Vorlage abgespeckt, klarer und systematischer wird. Damit ist eine praxistaugliche und international angemessene Regulierung entstanden.

Das Parlament hat die Gesetzesentwürfe zu FIDLEG und FINIG stark verbessert, wie man anhand von zwei konkreten Beispielen feststellen kann: Mit der Kundensegmentierung wird in der Zukunft eine klare Aufteilung zwischen Privatanlegern und professionellen beziehungsweise institutionellen Kunden vorgenommen. Das erlaubt den Banken, die einzuhaltenden Pflichten besser und effizienter zu gestalten. Für die Kunden entsteht dadurch mehr Transparenz und Vergleichbarkeit. Zweites Beispiel: Der Vorentwurf sah eine Umkehrung der Beweispflicht im Falle einer Streitigkeit vor. Dabei hätte eine Bank systematisch zeigen müssen, dass sie alles richtig gemacht hat. Das wäre eine Sonderregel im totalen Widerspruch zum Schweizerischen Recht, die nur für das FIDLEG anwendbar gewesen wäre. Es wurde schlussendlich darauf verzichtet. Damit wurde ein grosser Schritt zu einem praxistauglichen Anlegerschutz getan.

Generell wurden unterschiedliche Regeln zum Thema, die sich in mehreren Rechtsakten befanden, zusammengeführt und systematisch ins FIDLEG überführt. Dadurch erhöht sich sowohl für die Anleger als auch für die Branche die Rechts- und Planungssicherheit.

Auch im Hinblick auf die Wettbewerbs- und Exportfähigkeit der Schweizer Finanzindustrie sind positive Impulse zu erwarten. FIDLEG und FINIG stärken Rechtssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und den Ruf des Finanzplatzes. Mit der Verabschiedung von FIDLEG ist eine wichtige Voraussetzung für den Zugang zum EU-Markt geschaffen. Aus unserer Sicht schaffen FIDLEG und FINIG hinsichtlich der EU-Gesetzgebung MiFID II eine gleichwertige Gesetzesgrundlage, deshalb gibt es für die EU-Mitgliedstaaten keinen Grund, der Schweiz die Äquivalenzanerkennung zu versagen.

Mit einer zügigen Differenzvereinbarung und einer baldigen Umsetzung von FIDLEG/FINIG spätestens auf Anfang 2019 würde eine moderne Finanzgesetzgebung im Interesse aller Finanzdienstleister und ihrer Kunden und somit eine Grundvoraussetzung für eine gesunde Volkswirtschaft geschaffen.

FIDLEG und FINIG sind übrigens gute Beispiele dafür, wie die gesamte Finanzdienstleistungsbranche für ein Gesetzesprojekt einsteht. Gemeinsam mit einer Allianz von zehn Akteuren der gesamten Finanzbranche setzen wir uns für ein praxistaugliches FIDLEG und ein KMU-freundliches und international akzeptiertes FINIG ein. Es brauchte viel Koordinationsarbeit und einen konstruktiven Prozess, damit wir uns alle auf materieller Ebene gefunden haben. Doch heute wissen wir, dass sich dieses starke Zeichen gelohnt hat und wir langsam, aber sicher auf die Zielgerade gelangen.

Ein zweites aktuelles Dossier ist die Umsetzung des automatischen Informationsaustauschs.

Das Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes, das Global Forum, hat der Schweiz am 26. Juli 2016 nach abgeschlossener Länderüberprüfung die Gesamtnote «weitgehend konform» erteilt. Diese positive Bewertung spiegelt die Fortschritte der ganzen letzten Jahre bei der Umsetzung des internationalen Standards zum Informationsaustausch wider und beweist, dass die Schweizer Banken ihre Pflichten erfüllt haben. Vom Informationsaustausch auf Anfrage ist die Schweiz nun gemäss den OECD-Standards zum automatischen Informationsaustausch (AIA) übergegangen. Seit Januar 2017 wendet die Schweiz den AIA mit 38 Staaten an und wird im Herbst 2018 die ersten Daten mit allen Ländern der EU sowie zehn weiteren Staaten austauschen. Im Jahr danach, das heisst 2019, sollen weitere 43 Länder hinzukommen.

Aus Schweizer Sicht gilt es sicherzustellen, dass die Vertraulichkeit, die Datensicherheit und der Datenschutz eingehalten werden, und dass auch die relevanten Konkurrenzfinanzplätze mit den genannten Ländern den AIA einführen. Ich möchte betonen: Die Schweiz kommt um die Umsetzung dieses internationalen Standards nicht herum. Jetzt einen Marschhalt zu fordern, ist unrealistisch und würde die Schweiz unnötiger Kritik aussetzen. Aber es ist richtig, dass einige Sicherheitsmechanismen vorgesehen sind, die dem Schutz der Kunden und ihrer Daten dienen.

Den vom Bundesrat vorgeschlagenen Bundesbeschluss über den Prüfmechanismus begrüssen wir deshalb ausdrücklich. Damit wird ein wichtiges Anliegen der Wirtschaft aufgenommen, das auch die Bankiervereinigung in ihrer Stellungnahme vorgeschlagen und auf der politischen Ebene mit Nachdruck vertreten hat. Es ist wichtig, dass diese Prüfung im praktischen Einzelfall sehr sorgfältig und nach klaren Kriterien vorgenommen wird und der Austausch von Informationen auch ausgesetzt wird, falls ein Missbrauch zu befürchten ist.

Noch ein zweiter Punkt ist zentral; hier kommen wir wieder auf die Wettbewerbsbedingungen zurück: Ein weltweites Netzwerk zum Austausch von steuerrelevanten Informationen macht nur Sinn, wenn alle wichtigen Finanzplätze die gleichen Standards umsetzen. Sonst entstehen Schlupflöcher, die nicht im Sinne der OECD und ihrer Mitgliedstaaten sein können. Und es entstehen ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile für alle die Staaten, die sich nicht am Netzwerk beteiligen. Die Schweiz muss sich hier weiterhin in allen geeigneten Gremien dafür einsetzen, dass die gleichen Regeln für alle gelten.

Ich komme damit zum dritten Thema, das ist **die Vollgeld-Initiative**.

Wahrscheinlich im kommenden Jahr stimmen wir über eine Initiative ab, die so weitreichende Folgen für die Schweizer Volkswirtschaft hätte wie vorher kaum eine andere.

Die Vollgeld-Initiative will das Geldsystem der Schweiz radikal umbauen und damit das Finanz- und Bankensystem sicherer machen. Doch diese Initiative birgt gravierende Folgen und wird nicht zu einem sicheren Finanz- und Bankensystem führen. Jeder Sparer, jeder Unternehmer, jeder, der eine Hypothek braucht, wäre negativ betroffen. Wer sich vor Augen hält, dass das Finanzsystem der Motor der Wirtschaft ist, der durch Kreditvergabe, Handelsfinanzierung und Zahlungsverkehr den ganzen Wirtschaftskreislauf am Laufen hält, versteht, wie hoch die Risiken bei einem Wechsel zum Vollgeld-System wären. Wir können diese Initiative nicht deutlich genug ablehnen. Die Schweizer Wirtschaft ist eine der leistungsfähigsten weltweit, sie ist die Basis unseres Wohlstands. Ein ausgezeichnet funktionierendes System ohne Not einem noch nie dagewesenen Experiment mit ungewissem Ausgang auszusetzen, kann nur als unverantwortlich bezeichnet werden.

Was befürchten die Banken konkret? Die Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte würde in einem Vollgeld-System teurer, bürokratischer und langwieriger. Kredite würden von den Banken kaum mehr im geforderten Umfang rentabel erbracht werden, weil sie nicht mehr durch Sichteinlagen finanziert werden dürften. Die Folge wäre, dass die Nationalbank einspringen muss. Das Kreditvolumen würde durch die SNB zentral und damit staatlich gesteuert. Heute werden Kredite an Unternehmen und Privatpersonen dezentral und effizient von hunderten Banken vergeben, die ihre Kunden und ihre Region kennen. Dieses System würde unnötig aufs Spiel gesetzt und durch zentrale und bürokratische Prozesse ersetzt. Das wäre nichts anderes als ein Übergang zur Planwirtschaft. Ausserdem würde die Unabhängigkeit der Nationalbank stark gefährdet. Sie würde untergraben, wenn die SNB neues Geld direkt an den Staat, die Unternehmen oder die Haushalte verteilen müsste. Dadurch würde die Nationalbank zum Spielball politischer Interessen.

Wir haben die potenziellen Effekte eines Vollgeld-System von Professor Philippe Bacchetta, Universität Lausanne, untersuchen lassen. Seine Studie kommt zum Schluss, dass die Initiative aktuelles ökonomisches Wissen einfach ignoriert. Die Grundannahme der Initianten, dass Geldmengewachstum die Wirtschaft destabilisiert, ist wissenschaftlich nicht zutreffend. Hauptbetroffene der Reform wären laut Studie die Kontoinhaber, welche die hohen Kosten der Vollgeldhaltung berappen müssten.

Weil ein Vollgeld-System die gesamte Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen würde, führt economie-suisse die Kampagne gegen die Initiative. Die Bankiervereinigung engagiert sich in diesem Rahmen und hofft darauf, den Stimmbürgern klar aufzeigen zu können, dass ein Vollgeld-System niemandem Vorteile bringt. Wir sind aber auch mit anderen Akteuren der Wirtschaft in laufendem Kontakt. Das bringt mich zu einem letzten Thema, **der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Finanz- und Werkplatz**. Wir haben Ende August in verschiedenen Zeitungen lesen können, dass KMU sich über fehlende Finanzierungsmöglichkeiten beklagen. Ich kann die Klagen nicht recht nachvollziehen, denn die Zahlen der SNB und eine aktuelle Studie der Hochschule Luzern im Auftrag des SECO machen eine andere Aussage.

Die Finanzierungsstruktur von Schweizer KMU hat sich seit der Finanzkrise kaum verändert. 38 Prozent der KMU greifen auf Fremdfinanzierung zurück. Dabei sind Bankfinanzierungen wie Hypotheken, Kontokorrentkredite und Bankdarlehen mit weit über 90 Prozent die wichtigsten Quellen. Der Markt für KMU-Unternehmenskredite von Banken in der Schweiz wies per Ende 2016 ein Volumen von fast 300 Milliarden Franken auf, die überwiegend von Mikrounternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten beansprucht wurden. Im KMU-Sorgenbarometer spielt die Finanzierung der Unternehmen entsprechend kaum eine Rolle. Aber wir sind uns bewusst, dass wir aus Business- wie auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht nah bei unseren Firmenkunden bleiben müssen, um frühzeitig auf ihre Bedürfnisse reagieren zu können.

Herbert Scheidt hat es in seinem Referat schon angesprochen: Vernetzung ist ein Schlüssel des Erfolgs. Deshalb legen wir in der Bankiervereinigung grossen Wert auf eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Finanz- und Werkplatz. Es finden regelmässig Treffen mit allen grossen Industrieverbänden statt, unser Präsident ist gleichzeitig Vizepräsident von economiesuisse und zu vielen politischen Themen koordinieren wir unsere Positionen. Ich kann damit mit voller Überzeugung sagen, dass die Banken nicht nur ihre volkswirtschaftliche Rolle wahrnehmen, sondern auch ihre gesellschaftliche.

Meine Damen und Herren, das Bankenbarometer, das wir Ende August publiziert haben, zeigt nicht nur eine ungebrochen gute Kreditversorgung durch die Schweizer Banken, sondern auch steigende Assets under Management und eine nahezu stabile Beschäftigungssituation. Ausserdem sehen wir viele interessante Projekte im technologischen Bereich. Aus Verbandssicht ist entscheidend, wie wir jetzt die bestmöglichen Rahmenbedingungen schaffen, damit sich der Finanzplatz Schweiz an der Spitze behaupten kann. Sie haben das Wort Rahmenbedingungen heute mehrmals gehört. Aber wir können nicht genug betonen, dass hier der Schlüssel für den Erfolg von morgen liegt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.